ausländischen Wertpapieren angelegt wird, eine besondere börsenmäßige Besteuerung zur Anwendung gelangt. Nach einigen weiteren Reden ähnlichen Stils gelangten die Anträge einstimmig zur Annahme. Abg. Rösicke schloß mit einem Hoch auf den Bund der Landwirte die Generalversammlung.

* * *

Aus Berlin wird uns noch zu diesem Thema geschrieben:

Herr v. Wangenheim nennt die Blockpolitik ein „amüsantes Zwischenspiel".

Man kennt aus der Literatur vergangener Zeiten die sogenannten Rüpelspiele. Ihr Hauptinhalt besteht darin, daß irgend ein gut gelaunter König einen betrunkenen Bettler in seinen Palast bringen und ihn dort die Rolle des Königs spielen läßt. Der Hanswurst mit der Königskrone (der loyale Dichter nimmt an, daß solche scheingekrönte Hanswürste nur im Straßengraben, nicht aber im königlichen Schlafgemach erzeugt werden können) ergötzt die wirklichen Herrscher durch seine tollen Streiche, bis sie, endlich des Spieles müde geworden, ihr Spielzeug wieder auf die Straße werfen, von der sie es aufgelesen haben.

Auch diese Rüpelspiele sind meist „amüsante Zwischenspiele" in ernsten Theaterstücken, und ganz als ein solches Rüpelspiel faßt auch das regierende Junkertum die Rolle auf, die der Fraktion Pachnicke-Kopsch-Payer im Bülowblock zugewiesen ist. Das weite Rund des Zirkusgebäudes erdröhnte von herzhaftem Gelächter, während Herr Dieterich Hahn die komischen Sprüngen parodierte, mit denen sich der Freisinn, dieser „traurige Rekrut" in seine neue Aufgabe als Regierungspartei zu finden versucht hatte. Man kann es den Agrariern ohne weiteres zugestehen, daß sie den Blockfreisinn weit schärfer und wirkungsvoller verhöhnt haben, als es jemals der Sozialdemokratie gelungen ist.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Am Montag wurde der Postetat weiter behandelt. Der Postpapst Kraetke erhielt sein Gehalt bewilligt gegen die sozialdemokratischen Stimmen und die der Abgg. Schrader und Dobrn von der freisinnigen Vereinigung. Wenn dieselben nicht rein zufällig sitzen geblieben sind. Die plumpen Anrempelreien unserer Partei durch den Zivilnachfolger Podbielski wurden vom Genossen Eichhorn beim richtigen Namen genannt, worauf der just präsidierende Paasche sich in die Unkosten eines doppelten Ordnungsrufs stürzte. Eichhorn beleuchtete nochmals das Treiben der sauberen Spitzel, die Postbeamte zu verführen suchen und rügte die elende Besoldung der Unterbeamten, sowie die Unverfrorenheit der Pforzheimer Fabrikanten, die die Post zum Werkzeug ihrer Ausbeutungsgelüste machen. Genosse Lehmann-Wiesbaden charakterisierte kurz und scharf den Fall Schellenberg als unerhörten Eingriff in das verfassungsmäßige Wahlrecht. Von der Rechten kam der gefreiherrte Gamp mit einer durch korpulente Behäbigkeit gemilderten Scharfmacherrede dem Postpapst zu Hilfe. Er sprach nebenbei sein inniges Begehren nach Rückwärtsreviderung der postalischen Einrichtungen zuungunsten der Großstädte aus. Der antisemitische Schreier Böhme trat als Anstandshüter auf, wozu er sich eignet wie der Esel zum Lautenschlagen. Im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Erzberger begeisterte sich Herr Gröber für den Postoffizierismus. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Das Elend der preußischen Volksschule.

* Im preußischen Dreiklassenparlament verhandelte man am Freitag beim Kultusetat Gegenstände, die für diese Vertreter des Kapitals peinlich und schwierig sind. Die Nationalliberalen hatten nämlich, um ihre schäbige volksfeindliche Haltung in der Wahlrechtsfrage ein wenig vergessen zu lassen, sich wieder einmal als Kulturpartei drapiert und eine Reihe von Anträgen auf Förderung der Volksbildung gestellt, zu denen nun das Abgeordnetenhaus irgendwie Stellung nehmen mußte. Der erste Antrag verlangte vom Kultusminister Auskunft darüber, wie sich nach dem Ausfall der Aufnahmeprüfungen für die Fortbildungsschulen das Resultat des Volksschulunterrichtes darstelle und forderte Beseitigung der dabei zutage getretenen Mängel der Volksschule. Blockminister Holle drückte sich um eine klare Antwort herum, indem er vorgab, daß die Untersuchungen noch nicht hätten abgeschlossen werden können. Offenbar hat man Angst davor, öffentlich zu bekennen, wie wenig die Volksschule leistet. Im übrigen sprach der Kultusminister viel von der Notwendigkeit einer Reform des Lehrplans und einer Vermehrung der Lehrerseminare zum Kampf gegen den Lehrermangel, aber nichts von der elenden Bezahlung der Proletarier in der Schulstube, nichts von der schmählichen Ueberfüllung der Klassen und der Verkleisterung des Kindergehirns mit patriotischen und religiösen Märchen, nichts von den schlechten Ernährungsverhältnissen einer großen Anzahl von Proletarierkindern, von der Arbeit, die sie vielfach noch vor Schulbeginn leisten müssen, kurzum, er sprach kein Wort von den wirklichen Gründen, die die Volksbildung in Deutschland herabdrücken und die Enterbten des Besitzes auch zu Enterbten der Bildung machen. Charakteristisch für den Kultusminister war, daß er eine sechsklassige Volksschule „wohlwollend" nannte. Daß in den Großstädten, wo die Sozialdemokratie wirkt, diese schon die Einrichtung sieben- und achtklassiger Volksschulen erzwungen hat, braucht der frühere Unterstaatssekretär Holle aus dem Wasserbauministerium nicht zu wissen. Zentrum und Konservative verteidigten begeistert die Resultate der heutigen Volksschule, weil der Kirche und den Junkern die dümmsten Arbeiter und die dümmsten Christen die liebsten sind. Aber während die Konservativen nur gegen die Aufnahme neuer Lehrgegenstände in den Volksschulplan protestierten, zum Beispiel dagegen, daß man den Kindern des Volkes in Bürgerkunde eine Vorstellung von den Rechten und Lasten des preußischen Volkes gebe, wünschte der Zentrumsredner eine Einschränkung des Unterrichts in Naturkunde, Geschichte, Geographie und Zeichnen zugunsten der Religion, und ein nationalliberaler Pfarrer wünschte statt allen Wissens von der Welt recht viel Unterricht der Volksschüler über die Vorzüge unserer herrlichen Kolonien. Denn vergrub man den Antrag in einer Kommission.

Der zweite nationalliberale Antrag forderte Bereitstellung größerer Mittel, um begabten Volksschülern den Zugang zur höheren Bildung zu eröffnen. Herr Schiffer nannte das ein „Gebot der Sittlichkeit und der sozialen Versöhnung". Der Kultusminister fand, daß schon jetzt, wo bekanntlich in Preußen jeder zehnmillionste Arbeitersohn die Chance hat, Rechtswissenschaft zu studieren, alles herrlich geordnet sei, und der freisinnige Cassel bestätigte ihm mit saftem Bourgeoisgrinsen, daß kein begabter Volksschüler in Preußen die höhere Schule aus Sorge um den Lebensunterhalt nicht besuchen könne. Ganz ablehnend gegen den Antrag verhielten sich die Konservativen, deren Redner zutreffend ausführte, daß schon jetzt das Bildungsstreben die Arbeiter zu Tausenden von dem Lande in die Stadt treibe. Bisher hatten die Konservativen bekanntlich immer vorgegeben, im Ernste daran zu glauben, daß es die Vergnügungssucht sei, die die Arbeiter in die Großstadt locke. Bis jetzt wendet Preußen zur Unterstützung unbemittelter begabter Schüler jährlich — man staune — 74 000 M. auf. Vielleicht werden es in Zukunft ein paar Mark mehr werden. Das ändert natürlich nichts am Klassenmonopol der Besitzenden.

Viel wohler war dem Abgeordnetenhause zumute, als es sich dann über die Korruptionszulagen für die Lehrer der Ostmark unterhalten konnte. Sogar von freisinniger Seite lag ein Antrag vor, diese Bestechungsgelder des Hakatismus zu erhöhen, und bereitwillig sagte Herr Holle, der Herr der Fluten und des öffentlichen Unterrichts, die Erfüllung dieses Wunsches für das nächste Jahr zu.

Weiterberatung des Kultusetats am Dienstag.

Deutsches Reich.

Nur Krisenklatsch?

Zwischen dem Reichskanzler Bülow und dem Bundesrat, so behauptet die Kölnische Zeitung, besteht ein tiefgehender Gegensatz. Dieser Gegensatz nahm bereits seinen Anfang, als der Kanzler in Norderney erklärte: „Lassen wir die Finanzfrage eine Sorge der Zukunft sein." Seinen Höhepunkt erreichte dieser Gegensatz, als Bülow die Besoldungsvorlage ohne Deckungsvorlage mitteilte. Der Gegensatz hat sich sehr zugespitzt. Bülow will die Beamtenaufbesserung sofort, die Finanzreform dagegen auf die nächste Session verschieben. Der Bundesrat besteht aber auf der sofortigen Durchführung der Finanzreform. Die Stellung des Reichskanzlers sei in hohem Grade kritisch. Bülow habe zwar noch das Vertrauen des Kaisers, in den nächsten Tagen aber müsse eine weittragende Entscheidung fallen.

Bülow, der von Finanzpolitik so viel weiß wie etwa von Zollpolitik oder Sozialpolitik, nämlich nichts, will die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter aus Anleihen bestreiten und das weitere „eine Sorge der Zukunft" sein lassen. Es wäre begreiflich, wenn die verbündeten Regierungen diesen Skandal zu vermeiden suchten.

Reichsvereinsgesetz und Blockpolitik.

Ueber die Vereinsgesetzvorlage wird dem Berl. Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

Dem unermüdlichen Drängen der Freisinnigen ist es gelungen, den anfänglichen Widerstand der Nationalliberalen gegen die freiheitlicheren Zusatzanträge zu brechen, sodaß sie in den meisten Abstimmungen mit den Freisinnigen zusammen marschierten. Zentrum und Sozialdemokratie haben fast stets den Anträgen der Freisinnigen zugestimmt. Münster ging dieser neue „Block" so weit, daß auch ein Vertreter der freikonservativen Partei mit zu ihm stieß. In der Opposition blieben die Konservativen und die Regierung! So bleibt das Schicksal der Vorlage immer noch so unbestimmt, wie es das vom Anfang an war.

Als einen Erfolg der Blockpolitik würde man demnach das Vereinsgesetz, wenn es in einer halbwegs brauchbaren Fassung zustande kommen sollte, unmöglich ansprechen können. Es ist richtig, daß die Freisinnigen in der Kommission bemüht gewesen sind, eine annehmbare Fassung des Gesetzes zu finden; sie haben dabei aber die Unterstützung ihrer konservativen Blockbrüder nicht gefunden. Ueber die Haltung des Freisinns in der Vereinsgesetzfrage wird erst dann ein abschließendes Urteil zu fällen sein, wenn die immer noch hinausgezögerte Abstimmung über den berüchtigten Sprachenverbot-Paragraphen erfolgt sein wird.

Die große Kaserne.

Die Teilnahmslosigkeit und Unterwürfigkeit in den bürgerlichen Schichten gegenüber allen reaktionärsten Zumutungen wird auch von bürgerlichen Politikern tief beklagt, die einen freiheitlichen Aufschwung ersehnen. Ein Schriftsteller, der in langjährigem Aufenthalt in Paris bürgerliches Parteiwesen sah, das noch wirklich liberal und entschieden seine eigene Politik zu betreiben versteht, sieht mit Trauer die preußisch-deutschen Zustände. Theodor Wolff, der leitende Redakteur des Berl. Tageblatts schreibt aus Anlaß der stummen Bedientenhaftigkeit, die wieder in der Liegnitzer Volksbibliothekaffäre hervortritt, von der „großen Kaserne" Preußen-Deutschland: „Der Kultusminister Holle und sein Herr und Meister, der Ministerialdirektor Schwartzkopff, sind in den letzten Tagen so von allen Seiten beleuchtet worden, daß es beinahe unmöglich und auch beinahe überflüssig ist, ihnen noch etwas Unangenehmes zu sagen. Ein vielköpfiger Bureautyrann, wie Herr Schwartzkopff, mag sich in dem törichten Wahne wiegen, daß er mit seinen Bureaukratenhänden berechtigten Bildungsdrang ersticken und die Entwicklung aufhalten könne — auch über ihn wird, wie über alle lichtscheuen Rückwärtsrufer, die Zeit ironisch und achtlos hinwegschreiten. Man kennt die spöttische Bemerkung des Brachvogelschen Narziß über Grimm, den Enzyklopädisten: „Grimm, wird man sagen, das war einer, der einmal auf Rousseau geschimpft hat . . ." „Herr Schwartzkopf", wird man allenfalls in späteren Tagen zu sagen wissen, „das war einer, der sich einmal an Darwin vergreifen wollte . ."

Aber so erfreulich der Gedanke ist, daß die Zukunft all diese reaktionären Größen mit rächerischem Hohn betrachten und darstellen wird, so unerfreulich ist doch, daß diese Leute in der Gegenwart keinem wirksamen Widerstande begegnen. Man hat diesen Widerstand am 10. Januar vermißt, als Fürst Bülow den Freisinnigen seine hochmütig herausfordernde Wahlrechtserklärung an den Kopf warf, und man hat ihn auch in der Affäre der Volksbibliotheken vergeblich erwartet. Die Leiter dieser Volksbibliotheken haben eine Entschuldigung, die sich hören läßt: sie waren bemüht, ihr wohltätiges Unternehmen zu retten, wollten nicht das Ganze zertrümmern lassen. Aber sie hätten sich doch nicht ohne Protest, nicht lang- und klanglos unterwerfen dürfen, hätten die Festung nicht ausliefern dürfen, ohne Sturm geläutet zu haben.

Wenn man ihnen das sagt, wenn man sie fragt, warum sie nicht Sturm geläutet, so antworten sie: „Wer wäre denn gekommen?" Und es ist nicht zu leugnen, daß diese Antwort leider berechtigt ist und daß sie lakonisch die ganze Misere unseres öffentlichen Lebens zusammenfaßt. In Paris ist in der verflossenen Woche das Denkmal des wundervollen Scheurer-Kestner enthüllt worden, und die Erinnerung ist zu den Tagen zurückgewandert, in denen dieser Mann, dessen Wesen nach einem Worte Zolas „klar wie Kristall" war, zum Kampfe gegen die Freiheit eines Einzelnen die „Intellektuellen" um sich scharte. Wo sind in Preußen die „Intellektuellen", wenn es gilt, nicht nur die Freiheit eines Einzelnen, sondern die Freiheiten der Allgemeinheit gegen tyrannische Anstalten zu schützen? Nicht einmal dort konnte man auf sie rechnen, wo es den Schutz der Wissenschaft, den Respekt vor Darwin und Haeckel galt, und die Leiter der Volksbibliotheken können fragen: „Wie viele wären denn gekommen?" Nur im letzten Wahlkampf, als die Regierung sie herbeiwinkte, eilten die Herren Schmoller und Genossen aus ihren Gelehrtenstuben hervor und zeigten unter dem Beifall der vorgesetzten Behörden ihr Interesse fürs Allgemeinwohl. Der Bürgersinn dieser Herren ist ein überzartes Pflänzchen — er bedarf der Gnadensonne von oben, wenn er sich regen und gedeihen soll.

Lessing hat Preußen als „eine große Kaserne" bezeichnet, und in allem Wandel und Aufschwung ist der Kasernengeist geblieben. Der Wohlstand und die Macht sind gewaltig gewachsen, die Tüchtigkeit der Bewohner hat Ungewöhnliches geleistet, aber während auf allen Gebieten des Lebens mit den Erfolgen auch die Ansprüche sich steigerten, ist man in politischen Dingen heute noch fast rührend anspruchslos. Der Drill und das Reserveoffizierstum haben die Geister meisterlich dressiert, und der Zustand politischer Rechtlosigkeit erscheint vielen ganz behaglich. Noch empfinden bei weitem nicht alle, wie sehr diese Rechtlosigkeit uns hinter andere Kulturvölker zurückwerfen läßt, und in Gleichmut und Fatalismus vergräbt man sich in seinen privaten Beruf. Im Jahre 1865 schrieb Henrik Ibsen in einem Briefe aus Rom, die Norweger besäßen „jene laue Mitteltemperatur des Blutes, die es einer honetten Seele unmöglich macht, eine Dummheit großen Stils zu begehen". Weit mehr als in Norwegen findet sich die „laue Mitteltemperatur des Blutes" in dem wohlgehüteten Preußen.

Die Leiter der Gesellschaft für Volksbildung, die jeden Protest, jedes Sturmläuten für eine nutzlose Bemühung hielten, haben also Recht — und sie haben doch Unrecht. Denn man muß immer wieder die Schläfrigen alarmieren, muß vor der großen Kaserne immer wieder das Signal zum Wecken geben. Allmählich werden die besseren Geister dann doch den Druck empfinden, der auf Preußen lastet, und sie werden der Notwendigkeit inne werden, das Kasernenlokal zu lüften. Nur wenn man ihnen den Druck immer aufs neue fühlbar macht, wird sich ihr Bürgersinn endlich auch ohne die Gunst der Mächtigen kraftvoller zu regen beginnen. Und nur dann werden sie, um noch ein Wort Ibsens zu zitieren, einsehen, daß es etwas gibt, „das mehr ist, als einen scharfen Kopf zu haben — und das ist: eine ganze Seele zu haben."

Die Grandingerei.

Die liberale Fraktion des bayrischen Landtages hat an den Erzbischof von Bamberg wegen seines Schreibens an den Pfarrer Grandinger, worin dessen Beteiligung an der liberalen Fraktionspolitik, und besonders der Schulpolitik, als schweres Aergernis bezeichnet wird, eine Verwahrung gerichtet. Darin heißt es: Im Namen aller liberalen Katholiken erhebe die Fraktion, der lauter Katholiken angehören, nachdrücklichst Protest gegen den Erzbischof. Weite Kreise des katholischen Volkes nehmen vielmehr Aergernis daran, daß eine einzelne Partei sich als ausschließliche Vertretung der Katholiken in politischen Fragen aufspiele, und daß Geistliche dieser Partei in der verletzendsten Weise gegen Andersdenkende, auch wenn diese kirchliche Oberen sind, auftreten könnten, ohne an die Pflichten des geistlichen Amtes erinnert zu werden. Hier werde mit zweierlei Maß gemessen.

Pfarrer Grandinger hat gleichfalls ein Schreiben an den Erzbischof von Bamberg gerichtet, in dem er erklärt, daß er seit drei Monaten nur zweimal in Passau und Regensburg auf wiederholte dringende Einladung gesprochen habe, und daß er demnach von der Tätigkeit eines Reiseprediger, die ihm der Erzbischof vorwerfe, noch sehr weit entfernt sei. Er habe jetzt dreimal gegen die Verquickung von Religion und Politik durch das Zentrum gesprochen und möchte dagegen auch fürderhin aus seiner innersten Ueberzeugung auftreten. Agitationsgelüste habe er keine, sondern er habe vielmehr erwartet, das Zentrum werde von nahestehender Seite veranlaßt werden, seine niederdrückenden Angriffe gegen ihn einzustellen. Er habe in Nürnberg sprechen wollen, weil ihm dort ein Zentrumsredner mit frömmelndem Spott und in beleidigender Weise als den „Hausgeistlichen des alten Sünders Liberalismus" bezeichnet habe, den er auf sein nahes Ende vorbereiten müsse. Wegen dieser Veranlassung habe er in Nürnberg sprechen wollen. In Germersheim habe er sich gleichfalls gegen die öffentliche Beleidigung durch einen Zentrumsabgeordneten zu wehren gehabt, der von ihm gesagt habe: „Pfarrer Grandinger ist ein in sich zerfallener Priester. Von den könnt ihr euch segnen lassen!" Dem Verbot gemäß habe er den Vortrag in Nürnberg unterlassen, bitte aber um die Erlaubnis dazu, sonst müsse auch das so vielen Katholiken Aergernis gebende Auftreten der Zentrumsgeistlichkeit verboten werden. Ueber das, was er gesprochen habe und auch künftighin sprechen werde, wolle er dem Erzbischof jeweils gern Rechenschaft ablegen."

Wozu der Lärm? Die liberale Fraktion kann doch mit Grandinger, der sich zu tanzen bereit erklärt, wie sein Oberhirte pfeift, nicht einen großen Staat machen. Oder sind die Unentwegten so sehr bescheiden geworden?

Früchte der preußischen Polenpolitik.

s. Der Bayrische Industriellenverband hat an die bayrische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß das gesamte Gebiet Ostpreußens für die bayrische Industrie verloren sei, nachdem die deutschen Waren infolge der Enteignungspolitik von den Polen boykottiert werden. Der Unternehmerverband legte dem Schreiben an die Regierung Briefe bei, aus denen hervorgeht, daß bayrische Industrieetablissements ihre nach dem polnischen Gebiet gesandten Waren ohne weiteres als unverkäuflich zur Verfügung gestellt erhielten.

Die bayrischen Industriellen fordern die bayrische Regierung auf, „bei den zuständigen Behörden Preußens entsprechende Vorstellungen zu machen".

Nach dem Muster der Berliner Polizei.

Nach der von unseren Genossen in Solingen einberufenen Wahlrechtsversammlung zogen die Teilnehmer unter Hochrufen auf das Wahlrecht vor das Rathaus. Sie wurden auseinander getrieben, wobei einige Personen verhaftet wurden. Dann zog die Menge zum Gewerkschaftshaus, das geräumt und geschlossen (!) wurde.

Unnötige Besorgnisse.

In Frankfurt a. M. hielten unsere Genossen am Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Wahlrechtsversammlung ab, in der Genossin Klara Zetkin das Referat hielt. Die Ankündigung der Versammlung hatte der Polizei solchen Schrecken eingejagt, daß die Schutzleute in allen Revieren konsigniert und auch in der Nähe des Zirkus Schumann, in dem die Protestversammlung tagte, eine größere Menge Kriminalbeamte stationiert wurde. Die Genossen dachten aber gar nicht daran, dem Tatendrang der Polizeiorgane Gelegenheit zur Betätigung zu geben und gingen nach Schluß der Versammlung ruhig auseinander.

Gesetzliche Sicherung der Tarifverträge. Zur zweiten Beratung des Justizetats im Reichstage beantragt Abg. Dr. Junck, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen vorzuschlagen, durch die das Recht der Arbeitstarifverträge geregelt wird.

Anarchistenhetze. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete nach einer Lokalang.-Meldung drei Anarchisten, darunter den Schneider Busch, der schon vor einigen Wochen verhaftet worden war, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Einer der Verhafteten ist angeblich ein holländischer Anarchist.

Kleine politische Nachrichten. An der theologischen Fakultät in Wien streiken die Hörer des Professors Commer, weil dieser in einer Vorlesung über Dogmatik einen Ausfall gegen Professor Schnitzer-München machte. Commer sprach über Modernismus und sagte, Schnitzer sei ein Deutscher, also ein Barbar. Daraufhin verließen die Hörer den Saal und kamen nicht mehr zurück. Der akademische Senat legte sich ins Mittel, und es heißt, daß Commer seine Aeußerung widerrufen werde. — Aus Budapest wird berichtet: In Gyönk im Tolner Komitat war der Gemeindewald unter Sequester gestellt worden. Einige Mitbesitzer des Waldes wollten trotzdem daraus Holz fällen und wurden von anderen Mitbesitzern daran gehindert. Es entstand eine blutige Schlägerei. Als die Gendarmen die Ruhe wieder herstellen wollten, wurden sie von der Menge angegriffen. Sie machten von der Waffe Gebrauch und gaben zwei Salven ab, wodurch zwei Bauern getötet und fünf verwundet wurden. — Siebzehn wegen der Unruhen im Süden Frankreichs Verhaftete wurden nach neun Monaten Untersuchungshaft vorläufig in Freiheit gesetzt. Das Schwurgericht vertagte die Verhandlung auf die nächste Session. — Die portugiesischen Republikaner hatten ihre Anhänger zu einer Versammlung nach Golinega (Ortschaft im südlichen Tajoufer) einberufen. Aus Lissabon waren mehrere republikanische Führer eingetroffen, die Ansprachen hielten. Die Versammlung verlief ruhig. — Der Präsident des persischen Parlaments reichte sein Abschiedsgesuch ein, welches vorläufig nicht angenommen wurde. — Die Kolonnen des Generals Willcocks und des Oberstleutnant Roos-Keppels haben sich nach einer Meldung aus Kalkuta im Eilmarsch auf das Dorf Chinar vereinigt. Gegen stärkere feindliche Kräfte, die von einem Höhenzuge eine große Transportkolonne des englischen Expeditionskorps angriffen, ließ General Willcocks durch das Begleit-Detachement dieser Kolonne einen Gegenangriff machen, der mit Teilen der Hauptkolonne und Geschützen unterstützt wurde. Die Höhe wurde genommen. Auf englischer Seite 1 Mann tot, 2 Offiziere verwundet. — Zahlreiche Japaner sollen sich als Handwerker und Arbeiter verkleidet in den verschiedenen Philippinischen Provinzen und besonders auf den südlichen Inseln aufhalten, wo sie Karten aufzeichnen und allerhand Erkundigungen einzuziehen suchen. Sie bestechen die Eingeborenen und suchen von ihnen Erkundigungen zu erlangen. Die Spanier und Philippiner gewähren den Spionen Obdach.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19080218/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG